

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Geschäftsstellen-Anzeigen die 8 gespaltene Kolonnen-Zeile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey, Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schaefer, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Regelung der Lebensmittelverteilung.

II.

Das tägliche Brot.

Die letzten vorausgegangenen Kriege waren für die große Masse des Volkes nur ein mittelbares Erlebnis. Die Menschen, weit entfernt von den Schlachtfeldern, berührte der Krieg im allgemeinen persönlich nahe nur insoweit, als Verwandte und Freunde von ihnen unter Waffen standen, die den Gefahren und Mühen des Krieges unmittelbar ausgesetzt waren. Am stärksten war ihr Mitleiden, wenn ein Lieber Angehöriger entweder gar nicht oder als Krüppel zurückkam. Im übrigen sah man die Soldaten hinausziehen, sah manchen als Kranken oder Verwundeten wieder, hörte im Geiste das Donnern der Kanonen; im eigentlichen Kampfgebiet wurde man durch Einquartierungen in Anspruch genommen; auch stellte sich wohl bei einzelnen Lebensmitteln Knappheit ein, aber weit weg von der Front war von den störenden Begleiterscheinungen wenig zu spüren.

Die meisten Menschen wurden in ihrer Lebenshaltung durch den Krieg kaum beeinflusst. Alles ging im Alltagsgetriebe heut wie gestern. . . . Damals, nicht unter den Wirkungen des Weltkrieges 1914/15/16. Jetzt sieht die Sache wesentlich anders aus. Nun gibt es keinen Menschen, für den der Krieg nicht ein unmittelbar persönliches Erlebnis geworden wäre, keinen, der ihn nicht am eigenen Leibe verspürte, keinen, dem er nicht irgendwie Entbehrungen auferlegte.

Selbst die Menschen, die auf den sozialen Höhen der Gesellschaft wandeln, die Geld mit vollen Händen geben können — weil sie es mit Schellen einnehmen —, Leute, für die der Preis eines Lebensmittels niemals ein Grund zu sein braucht, es nicht zu kaufen, auch solche Volksgenossen müssen sich nun Einschränkungen und Entbehrungen auferlegen. Der Krieg zwingt sie dazu, der Krieg, der doch mächtiger ist als der große Geldsack.

In dem Verbrauch von Fleisch, Butter, Brot, Butter usw. sind nun alle, wenn auch nicht alle zu den gleichen Beschränkungen gezwungen. Es liegt darin eine gewisse Ironie, denn letzten Endes ist der Krieg doch wirtschaftlichen Ursachen entsprungen. Kapitalistische Interessen und Gegensätze haben ihn vorbereitet, und nun müssen selbst die reichsten Leute — wenn sie nicht gerade durch Samstags- Meisenvorräte aufgehäuft haben — in der Lebenshaltung vielleicht nur kleine, aber doch fühlbare Störungen erdulden. Die große Masse jedoch leidet sehr empfindlich unter den Verhältnissen, die uns heimsuchen wie rasende Fluten, die in wüstem Raufen und Stoßen die sie einengenden Dämme durchbrechen. Viele, sehr viele im Lande haben nun Härteres und Schwereres zu ertragen, als manche Männer im bunten Koß. Denn auch für einen großen Teil der Soldaten ist die Front weit und die Nahrungsmittelbeschaffung bereitet ihnen weniger Sorge und Mühen als den armen Teufeln, die wenig verdienen, oder den Müttern, die mit kalten Entschuldigungen und den beschränkten Lebensmittelanteilen die hungrigen Mäuler mehrerer Kinder stopfen sollen, die oft stundenlang vor den Läden stehen und schließlich nicht einmal etliche Kartoffeln, ein Krümchen Fleisch oder Butter bekommen.

Kein großer Schlammschluck, die über Gärten und Acker fürzen, wenn Hochwasser die Dämme niedergeworfen hat, so ergoß sich der Schmutz der Gewinnjucht über das Land. In alle Fugen und Ritzen der Wirtschaftsmaschine drängte er sich ein, vergiftend und zerstörend. Hier trieb der eine schamlose Wucher durch Preis-treiberei, dort gab ein fatter Speker armen Leuten für ihre Unterstüpfungsgrößen Sägemehl statt Brot, ein anderer kletterte faules Aas anstatt Wurst: überall tolle Orgien zügelloser Gewinnjucht.

Die Sorge um die Wehrmacht des Landes erzwang ein Einschreiten gegen das vermissende Treiben der freien Wirtschaft. Als man begann einzuschreiten, hatten sich schon böse Zustände herausgebildet. Ohne Regelung des Verbrauches der wichtigsten Lebensmittel war die Ernährung des Heeres und der Zivilbevölkerung gefährdet. Das Jahr 1914 brachte uns eine schlechte Ernte an Kartoffeln und Kornfrüchten. Sie war um ungefähr ein Sechstel geringer als im Jahre vorher. Nur der Ertrag der Heuernte stand auf der Höhe des Vorjahres. Die Zufuhr ward Deutschland gleich von Beginn des Krieges an ziemlich abgesehen, aber die Ansprüche des Heeres steigerten den Verbrauch. Der Einfall der Russen in Ostpreußen verminderte unsere Bestände an Vieh und Getreide. Nicht fühlbar wurde schon bald der Mangel an Viehfutter. In den Jahren vorher hatten wir etwa 2 1/2 Millionen Tonnen Futtermittel, rund 1 Million Tonnen Hafer und noch über 100 000 Tonnen Grünfutter mehr ein- als ausgeführt. Von diesem Zuschuß brachten wir im Kriegsjahr nur einen Teil herein. So war man bald gezwungen, Brotgetreide, Kartoffeln und Zuckerrüben als Viehfutter zu verwenden. Mit solchen Veränderungen in unserer Ernährungsökonomie trieben wir in gefährliche Zustände hinein. In tollen Preistreibern kündigten sie sich an.

Vor allem mußte man dafür sorgen, daß der Vorrat an Brotgetreide bis zur nächsten Ernte reichte. In der Sicherung der Brotnahrung sind auch die besten Maßnahmen getroffen worden. Um aber die heute zu überwindenden Schwierigkeiten recht würdigen zu können, darf man nicht verschweigen, daß bisher manche Fehler gemacht worden sind, die jetzt noch und noch lange störend und hemmend nachwirken. Die Not macht gewiß er-

finderisch, aber die Wirklichkeitsverhältnisse kann selbst der tüchtigste und — rücksichtsloseste Erfindergeist nicht einfach ausschalten. Mit der staatlichen Regelung der Ernährung betrat man ein nur wenig bekanntes und in gewissem Sinne feindliches Gebiet. Eingriffe in die Privatwirtschaft werden von den Interessenten stets als eine Verletzung ihrer Rechte empfunden und bekämpft. Produzenten und Händler wollen sich das Verfügungsrecht über ihre Betriebe und Waren, vor allem die „Freiheit“ in der Festsetzung der Verkaufsbedingungen nicht aus der Hand nehmen lassen. Unverkennlich sei das Privateigentum, wenn es sich um die Sicherung des eigenen Vorteils dreht.

So stand der Staat einer großen Summe von Widerständen und Hindernissen gegenüber. Man suchte sie zu überwinden durch möglichst großes Entgegenkommen. Um die Erzeugung nicht abzubrechen, sondern anzuregen, ließ man den Gewinnlüssen zunächst ziemlich freien Lauf. Schließlich zwangen die Verhältnisse doch zu regelnden Eingriffen, weil für wichtige Lebensmittel Preise gefordert wurden, die der Minderbemittelte nicht zahlen konnte und die zu Unruhen aufreizen. Dann hatten sich jedoch schon allgemeine Zustände entwickelt, die ein Zurückweichen der Preise auf ein richtiges Maß nicht mehr erlaubten. Und bei dem Tassten und Rücksichtnehmen kam es zu neuen Fehlern und Mißgriffen. Da wurden z. B. für Kartoffeln Kleinhandels-Höchstpreise festgesetzt, aber nicht für den Großhandel, und es gab keinen Verkaufszwang. Erzeuger und Großhändler hielten die Vorräte vom Markte zurück oder forderten Preise, die der Kleinhandeler nicht aufbringen konnte. Damit das Volk Kartoffeln bekam, mußten die Höchstpreise hinausgesetzt werden. Dann wieder wurden Höchstpreise festgesetzt, aber man unterließ es, die Vorräte zu beschlagnahmen. Die Ware blieb hinter Schloß und Riegel bis, dem Willen der Interessenten entsprechend, die Höchstpreise abermals hinausgesetzt wurden. Ebenso unbedenklich war die Festsetzung von Höchstpreisen nur im Großhandel. Dann kletterten die Preise wieder im Kleinhandel ungehemmt in die Höhe. Es fehlte eine gründliche Uebersicht über Vorräte und Erzeugung. Einmal hielt man es für notwendig, die Produktion von Vieh anzuregen, gab Lebensmittel als Viehfutter preis. Dann sah man die Ernährung der Menschen bedroht, verböt das Verfüttern von Brotgetreide und Kartoffeln. Aber die Bauern hatten kein Kraftfutter. Die Verbote wurden nicht streng beachtet. Man wollte das Vieh doch nicht verschmachten lassen. Zudem waren die Viehpreise so hoch gestiegen, daß sich das Verfüttern des Getreides und der Kartoffeln lohnte. Weil für Kraftfutter keine Höchstpreise bestanden, trieben die Spekulanten den Preis dafür noch über die Preise für Brotgetreide hinaus. So ward es natürlich, daß Schweine und Rinder in die Bestände der Nahrungsmittel für die Menschen große Löcher rissen. Durch Massenschlachtungen sollte dann den von dieser Seite anstürmenden Gefahren vorgebeugt werden. Das massenhaft abgeschlachtete Vieh wurde in die Konserverfabriken geschleppt und festgehalten. Die Verminderung des Viehbestandes brachte den Verbrauchern keine billigen Fleischpreise. Und nachher mußten wieder Maßnahmen getroffen werden, um unsere Fleischnahrung zu sichern. Wie wenig ausreichend das geschehen ist, das verspürt nun jeder an den ihm zugewiesenen winzigen Mengen.

All die Unzulänglichkeiten und Mißstände wuchsen heraus, weil man sich nicht von Anfang an zu ganzen Maßnahmen entschließen konnte, weil man sich der irrigen Auffassung hingab, durch Schonung der Sonderinteressen und den Appell an nationale Pflichten die Widerstände und den schädlichentrieb der Gewinnjucht in erträgliche Schranken weisen zu können. Aus den gewöhnlichen Lehren wird man nun hoffentlich zu dem Entschluß gelangen, wenigstens von nun an den Verkehr mit Lebensmitteln vollständig, und zwar von der Erzeugung an bis zu der Abgabe an den Verbraucher, durch eine Reichswirtschaft zu regeln. Wie auf allen Gebieten der Nahrungserzeugung und -verteilung hätte gearbeitet werden müssen, das zeigen die Generalkommission und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei schon Anfang November 1914 in einer Eingabe an das Reichsamt. Damals handelte es sich um die Brotverzeugung. In der Eingabe wurde gefordert: Lebensmittelverkauf durch öffentliche Institution, Herabsetzung der Höchstpreise auf Brotgetreide, Festsetzung von Höchstpreisen für sämtliche Getreidearten und für wichtige Lebensmittel! — In einer zweiten Eingabe vom 15. Januar 1915 wurde weiter gefordert: Beschlagnahme aller im freien Verkehr und bei den Produzenten vorhandenen Bestände an Getreide und Kartoffeln, Einführung eines einheitlichen Kriegsvorrats! — Allzulange überhörte man die drängende und mahnende Stimme.

Politische Betrachtungen eines „unpolitischen“ Unternehmerverbandsvorsitzenden.

Unter dem Titel: „Politische Betrachtungen eines Nichtpolitikers“ hat Dr. Leo Gottstein, der Vorsitzende des Vereins deutscher Zellstofffabrikanten, ein Buch herausgegeben, in dem er seiner Anschauung über die Ursachen, Wirkungen und Folgen des Krieges Ausdruck gibt. Es kann unsere Aufgabe nicht sein, im Rahmen einer Gewerkschaftszeitung den politischen Betrachtungen Dr. Gottsteins die Ansichten der politisch denkenden Arbeiterchaft gegenüber zu

stellen, das müssen wir schon den politischen Tageszeitungen überlassen. Für uns als Gewerkschafter kommen hauptsächlich jene Stellen des Buches in Frage, in denen Dr. Gottstein Stellung zu der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft nimmt.

Im Vorwort zu seinem Buche macht sich Dr. Gottstein die im August 1914 von der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam aufgestellte Forderung der Beschlagnahme und gerechten Verteilung aller Lebensmittel zu eigen, indem er schreibt: „Ist es organisatorisch durchzuführen, so nehme man den Unzufriedenen den Wind aus den Segeln, und verteile die jetzt noch frei erhaltene Lebensmittel nach gerechtem Maßstab, so daß der Reiche nicht mehr genießen kann, als der Ärmste unsres Volkes!“ Dr. Gottstein hat nur vergessen, auch eine angemessene Preisgestaltung zu fordern, und seine Kollegen aus dem Unternehmerlager zur Zahlung auskömmlicher Arbeiterlöhne zu ermahnen, damit die Arbeiterschaft die noch vorhandenen Lebensmittel auch kaufen kann. Aus den Kreisen seiner Kollegen würde ihm dann allerdings etwas weniger Beifall gesendet worden sein, denn die Papier- und Zellstofffabrikanten sind, mit wenigen Ausnahmen, keine Freunde hoher Arbeiterlöhne. Das beweist ihr Verhalten während der Kriegszeit. Obwohl die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel fast allgemein um 100 Prozent und mehr gestiegen sind, ist der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters in der Papiermacherei nach den Berichten der Papiermacher-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1915 um 3 1/2 Prozent gestiegen.

Wer die Kampfweise der Mannen vom Arbeitgeberverband deutscher Papier- und Zellstofffabrikanten vor dem Kriege gegen die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter kennt, und wer da weiß, wie oft diesen Arbeitern das jammervoll bekannte Schlagwort von den „vaterlandslosen Gesellen“ ins Gesicht geschleudert wurde, der wird vor Verwunderung die Augen weit aufmachen, wenn er von Dr. Gottstein hört, daß „auch unsre Sozialdemokratie sich in ihrer überwiegenden Mehrheit so vaterlandsliebend gezeigt hat wie nur irgendein anderer Teil des Volkes, und niemand, der unsre Landbevölkerung und auch die Industriearbeiterschaft näher kennt, daran zweifelt hat“. Wir quittieren dieses offene Geständnis Dr. Gottsteins dankend und fragen zugleich, warum denn nun eigentlich ein großer Teil der Unternehmer die organisierte Arbeiterschaft vor dem Kriege böswillig der Vaterlandslosigkeit geziehen und Ausnahmegeetze gegen sie gefordert hat.

Die vor dem Kriege oftmals aufgestellte Behauptung, es seien „zu viel Menschen auf der Welt“, wird von Dr. Gottstein für Deutschland in folgendem Sinne zu lösen gesucht: „Die Angst vor einer Ausfuhr von Menschen war demnach nicht begründet. Hätten wir wirklich einmal einen Ueberschuß von Händen, woran, abgesehen vielleicht von vorübergehenden Störungen, wohl auch nach dem Kriege nicht so bald zu denken sein wird, dann bliebe uns immer noch die Möglichkeit, die Arbeitszeit zu verkürzen. Das letztere wäre vom Standpunkt der Hygiene, der Humanität und der Kultur gewiß kein Fehler. Hoffentlich gelangen wir ein mal dahin!“ Die Gewerkschaften fordern seit ihrem Bestehen die Verkürzung der Arbeitszeit; allerdings nicht, weil zu viel Arbeitskräfte vorhanden sein könnten, sondern um die Besitzer dieser Hände vor geistigen und körperlichem Niedergang infolge der langen Arbeitsdauer zu bewahren. Wir erhoffen deshalb die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur „einmal“, sondern im Interesse der Arbeiter und ihrer Familien recht bald. Da nun Kommerzienrat Gottstein Generaldirektor und Mitbesitzer eines der größten Papier- und Zellstoffunternehmen Deutschlands ist, so empfehlen wir ihm, seinen Kollegen mit gutem Beispiel voranzugehen und für seine Arbeiter in den durchgehenden Betrieben an Stelle der 12- und 24-Stundenfrist die achtstündige Arbeitszeit mit dem Dreifachlohnwechsel einzuführen.

Um den Import ausländischer Arbeitskräfte zu vermeiden, empfiehlt Dr. Gottstein lieber eine Einschränkung unserer Waren- und Rohstoff-Ein- und -Ausfuhr, da „die fremdschäftigen Arbeiter ihre erparnte Lohnung doch nur ins Ausland tragen“. Der Drang der deutschen Kapitalisten nach Erweiterung immer größerer Werke führt zur Ausdehnung und zum verschärften Wettbewerb der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. Dr. Gottstein hält diesen Ausdehnungsdrang der deutschen Großindustrie nicht im Interesse des deutschen Volkes liegend, denn: „das große, nicht voll ausgenutzte Werk arbeitet oft ungünstiger als ein kleineres, wenn dieses seine Einrichtungen bis aufs äußerste anspannen kann. Darum waren die (Unternehmer-) Verbände häufig genötigt, einen Teil ihrer Erzeugnisse selbst mit Schäden nach dem Auslande zu werfen. Um den entstandenen Verlust wieder einzubringen und doch trotz der durch Einschränkung verteuerten Arbeitsweise ausreichend zu verdienen, werden die Inlandspreise dann höher bemessen als bei gemäßigter Befehung und dem Fortfall unlohender Ausfuhr-geschäfte nötig gewesen wäre“. Um diesem industriellen Unfug zu steuern, erwartet Dr. Gottstein ein Eingreifen der Staatsaufsicht, „um dem Ueberhandnehmen spekulativen Einfusses entgegenzuwirken“. Die Vergrößerung der einzelnen Werke soll von der staatlichen Genehmigung abhängen. Um aber die Einigkeit zu erhalten und keinen Meid unter den Konkurrenten zu erregen, empfiehlt Dr. Gottstein ein Stück kapitalistischer Staatssozialismus. Der Vater Staat soll die Werke, denen ein Erweite-

rungsrecht zugebilligt wurde, verpflichten, an ihre übrigen Konkurrenten resp. an den betreffenden Unternehmerverband einige Jahre lang eine angemessene Abgabe zu entrichten. Das Erweiterungsrecht soll nur die Firma erhalten können, die die höchste Entschädigung zu zahlen bereit ist. Um die Konkurrenten vor Überbottung durch die Unternehmerverbände zu schützen, soll eine sachkundige Behörde bei der Preisbildung mitwirken. Um auch die Verhältnisse mit dem Auslande nach Friedensschluss freundlicher zu gestalten, verlangt er die Verstaatlichung der Waffen- und Munitions-Industrie, denn „der alte Ruf der Sozialdemokratie nach der Verstaatlichung der Waffenfabrikation ist gewiß berechtigt, jetzt um so mehr, wo ihre Werkstätten eine so gefährliche Ausdehnung angenommen haben, daß ihr bisher schon großer Einfluß auf die Presse aller Völker leicht eine gefährliche Verstärkung erfahren könnte“.

Das Gottscheische Buch birgt für den Politiker viele Punkte, die nicht widerspruchlos hingenommen werden können; in wirtschaftlicher Beziehung enthält es manche Urteile, die vorteilhaft von den Ansichten der meisten kapitalistischen Goldschreiber abweichen. Man kann Gottschein deshalb ruhig zustimmen, daß die Eröberung der Auslandsmärkte durch die deutsche Industrie nicht zu kriegerischen Verdrehungen zwischen den Völkern führen darf. Deshalb mag auch jenen imperialistischen Industriekriegern, die die ganze Welt für den deutschen Wirtschaftsmarkt erobern möchten, die Gottscheische Abgabe an ihre Politik recht unangenehm in den Ohren klingen:

„Wer uns aber in Zukunft noch sagen will, daß nur auf der Ausfuhr unser Heil beruht, daß wir darum an allen Ecken und Enden der Welt Kompensationen verlangen müssen, sobald irgend ein Land eröbernd seine Hand ausstreckt, statt unsre eigene selbständige Politik zu verfolgen; wer unserm Volke, das nach mehr als 40 Jahren Frieden sich jetzt so herrlich bewährt, einreden will, daß ohne Krieg Mannertugend und Edelmut zugrunde gehen, ... dem soll in Zukunft der Glaube versagt und unsre Tür verschlossen bleiben.“

Volk und Wirtschaft in der Schweiz.

Das kleine Schweizer Land ist rings vom Kriege umrandet. Trotz seiner Kleinheit war es stark genug, sich nicht in die furchtbare Tragödie hineinziehen zu lassen, stark genug, um allen Verbungen, Intrigen und Drohungen zu widerstehen.

Die Schweiz ist ein Ländchen von 41 298 Quadratkilometer Gebietsumfang und zählte im Jahre 1910 3 753 293 Einwohner (vorläufige Bevölkerungszahl 3 765 002). Zehn Jahre früher betrug die Gesamtbevölkerung 3 315 443, 1880 betrug sie 2 392 740. Seit 1850 betrug die Bevölkerungszunahme 56 Prozent. Die Städte nehmen prozentual erheblich zuzunehmen auf die ländlichen Orte. In den landwirtschaftlichen Bezirken ergab sich im letzten Jahrzehnt eine Bevölkerungsvermehrung um 6 Prozent, in den industriellen Bezirken um 15 Prozent, und in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern machte die Bevölkerungszunahme 20 Prozent aus. Diese Unterschiede sind teils die Folge von Zustandsänderungen und teils die Folge der Einwanderung vom Auslande, die in der Schweiz verhältnismäßig besonders stark ist in allen andern Staaten Europas. Im Jahre 1850 waren unter einer Gesamtbevölkerung von 2 392 740 fast 71 570 Ausländer (3 Prozent), 1910 jedoch betrug die Zahl der Ausländer 565 269 oder 15 Prozent der Bevölkerung. In den einzelnen Kantonen der Schweiz sind die Ausländer recht ungleich stark vertreten. Mehr als 10 Prozent der Einwohner bilden sie 1910 in den folgenden Kantonen:

Kantone	Einwohner	Anzahl Ausländer	% der Einwohner
Genève	154 906	63 866	41
Basel-Stadt	135 913	52 025	38
Leysin	156 166	44 543	29
Schaffhausen	46 097	10 824	23
Jura	503 915	102 901	20
Graubünden	117 069	22 531	19
Luzern	134 917	25 969	19
Basel	317 457	56 393	18
St. Gallen	302 486	53 208	17
Basel-Land	76 438	10 939	14
Jug	23 156	3 086	11
Neuchâtel	133 061	14 649	11

In der Nord- und Ost-Schweiz sind die meisten Ausländer deutscher Nationalität, in der West-Schweiz wegen die Ausländer französischer Herkunft, und in der Süd-Schweiz die Italiener. In der jüngsten Zeit

vor besonders die italienische Einwanderung sehr stark. Der Krieg hat indes eine Verminderung der Zahl der in der Schweiz ansässigen Ausländer gebracht, da viele von ihnen im militärischen Dienste standen und dem Auszug zum Kriegsdienst folgten. Der Krieg hat andererseits auch eine erhebliche Zahl von Ausländern veranlaßt, in der Schweiz Schutz vor dem Militärdienst zu suchen, doch wurde hierdurch die Zuwanderung von Militärschwämmen ausgeglichen. Unter den Ausländern in der Schweiz sind die Altersklassen von 20 bis 30 Jahren am stärksten vertreten, und die Mehrzahl dieser Ausländer sind in der Industrie beschäftigt. Die Betriebszahl von 1905 ergab, daß von allen in der Industrie beschäftigten Personen 24,8 Prozent Ausländer waren. Neuere Angaben liegen diesbezüglich nicht vor, doch ist es gewiß, daß in den letzten 10 Jahren der Anteil der Ausländer an der industriell tätigen Bevölkerung noch stark zugenommen hat.

Die große Zahl der Staatsfremden in der Schweiz ist für dieses Land in politischer Beziehung ebenfalls von großer Wichtigkeit. Die große Zahl der Staatsfremden in der Schweiz ist für dieses Land in politischer Beziehung ebenfalls von großer Wichtigkeit. Die große Zahl der Staatsfremden in der Schweiz ist für dieses Land in politischer Beziehung ebenfalls von großer Wichtigkeit.

Von allen Ausländern in der Schweiz sind rund 220 000 oder 40 Prozent Reichsdeutsche, 203 000 oder 37 Prozent Italiener, 64 000 oder 12 Prozent Franzosen, 39 000 oder 7 Prozent Belgier usw. Der Muttersprache nach gehören im Jahre 1910 von der ortsanwesenden Bevölkerung der Schweiz 2 599 154 Personen der deutschen Nationalität an, mithin mehr als zwei Drittel; französisch war bei Muttersprache von 769 244 Personen, auf die italienische Muttersprache trafen 300 525 Personen, auf die tschechische 89 884 Personen und auf andre Sprachen 28 455 Personen. Die letzteren sind zum Teil Einwanderer aus Osteuropa, besonders Rußland. Der prozentuale Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung sank in den letzten 25 Jahren in geringem Maße zurück; der Anteil der Franzosen und der Italiener blieb ungefähr gleich, und der Anteil der Italiener nahm zu. Deutsch, französisch und italienisch sind offizielle Landessprachen. In den tschechischen Gebieten des Kantons Graubünden ist Deutsch die Amt- und Verkehrssprache. (Dasselbe ist der Fall in den tschechischen Teilen Tirols; die tschechische Bevölkerung des Südtirols, dem das tschechische sehr nahe verwandt ist, als Verkehrssprache.)

Die Schweizer Betriebszahl von 1905 ergab insgesamt 1 681 827 beruflich tätige Personen (1 016 360 männliche und 665 467 weibliche). In der Landwirtschaft waren rund 721 000 Personen beschäftigt; in der Industrie 635 000, im Handel 178 000, im Verkehr 88 000 und in den übrigen Berufen 81 000. Seither hat sich die Zahl der industriell tätigen Personen beträchtlich vermehrt, doch wegen keine neueren amtlichen Angaben vor. Die allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft ging in den letzten Jahrzehnten stark zurück, und die Industrie breitete sich bedeutend aus.

Bei Beurteilung der Wirtschaftsverhältnisse der Schweiz ist zu beachten, daß zwei Drittel des Landes gebirgig sind, und daß von den 41 298 Quadratkilometer Bodenfläche fast 10 000 Quadratkilometer oder rund ein Viertel auf unproduktive Schnee- und Eisfelder, Felsen, Schutthalden und Wasserläden entfallen. Von den 32 000 Quadratkilometer produktiven Bodens sind 17 000 Quadratkilometer Grasland, 9000 Quadratkilometer Acker, 4700 Quadratkilometer Wälder und 235 Quadratkilometer Weidland. Der wichtigste Anreiz der schweizerischen Landwirtschaft ist die Viehzucht, Ackerbau und Weinbau haben in den letzten Jahrzehnten fortwährend an Bedeutung verloren. Von den Nebengewerben der Landwirtschaft ist die Milchindustrie, namentlich die Käseherstellung, sehr wichtig.

Nach den Exportstatistiken beurteilt ist die bedeutendste Industrie der Schweiz die Siderei, die vornehmlich in St. Gallen und in den benachbarten Kantonen betrieben wird. Der Wert der Sidereiausfuhr hat in manchen guten Jahren schon 200 Millionen Frank übersteigt. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wird die Siderei größtenteils maschinell betrieben. Bemerkenswert ist, daß in dieser Industrie die Maschinenarbeit noch sehr ungenügend ist. In der Textilindustrie sind auch die Spinnerei und die Weberei bedeutsam, doch sind diese Gewerbe nicht in so ausgesprochenem Maße lokalisiert — auf ein geringes Gebiet beschränkt — wie die Siderei. In Zürich und in Basel sind die Seidenstoffweberei und die Seidenhandweberei hoch entwickelt. Auch von den Erzeugnissen der Seidenindustrie geht das meiste nach dem Auslande, besonders nach England und Amerika. — Eine andre bedeutende Exportindustrie ist die Uhrenfabrikation, die im ganzen Junggebiet, von Genève bis Basel, betrieben wird. In den letzten Jahren machte sich in der Uhrenindustrie der japanische Wettbewerb stark fühlbar. Die Maschinenfabrikation hat unter der Ungunst der geographischen Lage der Schweiz zu leiden, welche hohe Transportkosten sowohl für Materialien wie für die fertigen Erzeugnisse bedingt. Dennoch stellt sich der Jahresproduktwert der schweizerischen Maschinenindustrie auf etwa 200 Millionen Frank, und Maschinen im Wert der Hälfte dieses Gesamtwertes werden ausgeführt. Als wichtige Erwerbsquellen des Schweizer Volkes kommen noch in Betracht die Erzeugung von kondensierter Milch und Schokolade, die Strohindustrie und die Schokoladeindustrie.

Der Weinbau, welchen das Hotelgewerbe erzielt, wird auf jährlich nur 50 Millionen Frank geschätzt. Selbst in guten Fremdenjahren verzinst sich das Anlagekapital des Hotelgewerbes im Durchschnitt bloß um 4 oder 4 1/2 Prozent.

Das Verkehrsnetz ist in der Schweiz sehr gut ausgebildet. Die Streckenlänge der normalspurigen Bahnen beträgt jetzt etwa 4000 Kilometer. Dazu kommen noch normalspurige Bahnen von unvollständiger Streckenlänge, ferner Bahnabzweigen, Drahtseilbahnen und Straßenbahnen. Eine beträchtliche Rolle im Verkehrsnetz spielt ferner die Dampfschiffahrt, vor allem der Schiffsverkehr auf dem Bodensee und dem Genèversee.

Aus der Industrie

Die Ziegelindustrie im Kriegsjahre 1915.

Der Jahresbericht des Vorstandes der Ziegelerwerbsgenossenschaft für das abgelaufene Jahr ist kürzlich erschienen. Danach ist abermals ein Rückgang der Zahl der Betriebe zu verzeichnen, ein Beweis, daß das Ausschleichen einer ganzen Anzahl veralteter Betriebe noch immer vor sich geht. Diese Erscheinung hat ihre Ursache in dem technischen Fortschritt, der wie auf allen Gebieten, so auch in der Ziegelindustrie sich geltend macht. Gegen das Jahr 1914 hat sich die Zahl der Betriebe um 222 oder von 10 317 auf 10 095 verringert. Anders zu bewerten ist das Stillliegen von Betrieben, das seinen Grund im Daniederliegen des Baumarktes infolge der Kriegswirkungen hat. Von rund 10 000 Unternehmern meldeten 3339, daß ihre Betriebe im Berichtsjahre geruht haben. Das waren solche Betriebe, in denen versicherte Personen überhaupt nicht beschäftigt gewesen sind. Es hatten aber außerdem noch 2200 Unternehmer die Herstellung von Erzeugnissen aufgegeben, wenn in den betreffenden Betrieben auch eine geringe Anzahl Arbeiter zur Bewachung, Aufrechterhaltung und bergleichen Verwendung fand. Nur in 44,4 Prozent aller genossenschaftlichen Betriebe konnte die Arbeit in beschränktem Umfang aufrecht erhalten werden. Hier kamen namentlich Schamottewarenfabriken, Torfgewinnungs- und Torfverarbeitungskbetriebe sowie solche Ziegeleien in Betracht, die zum Teil für Kriegszwecke lieferten. Außer zu Gefangenlagern fanden Ziegeleien auch Verwendung als Massenquartiere und Proviantmagazine. Manche Unternehmer richteten ihre Betriebe für Kriegszwecke ein, so zum Abbrechen von Granaten und Minen, als Gasmaschinen, zur Herstellung von Futtermitteln, zu Feldbrennereien usw. In dem von den Franzosen besetzten deutschen Gebiet haben zwei Ziegeleien zeitweise gearbeitet. Im übrigen fanden bei dem Mangel an Arbeitern vielfach Kriegsgefangene und unfreie Arbeiter Verwendung, was von 130 Betrieben bekannt geworden ist. In der schwer geschädigten Provinz D r e s d e n ist der Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften erst zum Teil in Angriff genommen worden. Dennoch wurden in jener Gegend eine neue Ziegelei und eine neue Kalksandsteinfabrik eröffnet. Als durch kriegerische Ereignisse zerstört sind bisher 48 Betriebe gemeldet worden.

Wie sich die Abnahme der Ziegeleien seit 1913 auf die einzelnen Bezirke der Berufsgenossenschaft verteilt, zeigt folgende Tabelle:

Bezirk	Zahl der Ziegeleien		Abnahme gegen das Jahr 1913
	1913	1914	
I Ost- und Westpreußen	618	618	2
II Polen	405	381	24
III Pommern	824	819	5
IV Brandenburg	740	679	61
V Schlesien	958	922	36
VI Ostpreußen	651	642	9
VII Provinz Sachsen und Thüringen	859	805	54
VIII Mecklenburg, Schlesw.-Holstein, Lübeck, Hamburg und Fürstentum Lübeck	561	522	39
IX Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe, Schaumburg-Lippe und Bremen	1 155	1 111	44
X Westfalen	729	700	29
XI Rheinprovinz und Fürstentum Völsfeld	1 575	1 507	68
XII Großh. Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck	592	586	26
XIII Württemberg, Baden, Pfalz und Elsaß-Lothringen	665	651	14
XIV Bayern ohne Pfalz	684	674	10
Summa	10 516	10 095	421

Soziale Kämpfe im mittelalterlichen Flandern.

II.
Bei den Kämpfen gegen die überhöhte Forderungsmacht handelte es sich in erster Linie um die Erhaltung bzw. Behauptung politischer Rechte, was natürlich die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes zu erster Bedingung machte. In Ermangelung der gemeinsamen Gewalt hatten die Städte ihren selbständigen Charakter verloren, und die politische Selbstständigkeit der Flandern hatte sich zur Abhängigkeit der gemeinsamen Gewalt mit dem Rest der Niederlande zu vereinen. Einziges Ziel war die Erhaltung der politischen Unabhängigkeit des Landes.

Die Forderung der Unabhängigkeit der Flandern war ein ganzes Jahrhundert lang ein wichtiges politisches Ziel, bis im modernen Sinne das Flandern der Flandern geht weit über die geschichtlichen Forderungen der Unabhängigkeit. Es geht weit über die geschichtlichen Forderungen der Unabhängigkeit. Es geht weit über die geschichtlichen Forderungen der Unabhängigkeit.

Die Forderung der Unabhängigkeit der Flandern war ein ganzes Jahrhundert lang ein wichtiges politisches Ziel, bis im modernen Sinne das Flandern der Flandern geht weit über die geschichtlichen Forderungen der Unabhängigkeit. Es geht weit über die geschichtlichen Forderungen der Unabhängigkeit.

und bei gutem Geschicksgange einfach beizubehalten. Sie bewohnten in den Vorstädten elende Hütten, die sie wochenweise mieteten. Ein bürgerlicher Lehnherr (Herr von) übte über ihre Lage ein Recht der alten Feudalzeit wie folgt: „Sie verfügen gewöhnlich über kein andres Vermögen als die Kleider, die sie auf dem Leibe tragen. Sie gehen von Stadt zu Stadt, um Arbeit zu finden, und der Herr von Lehen kann sie jederzeit inhaftieren. Im Montagmorgen trägt man sie auf den Platz, Werken und vor den Ringen, wo sie unglücklich nach Weisern umherschauen, da sie erst acht Tage dungen sollen. Man erkennt sie nicht an, an ihren „Kleiden“, sondern nach an ihrer Kleidung und ihren Sitzen. Man betrachtet sie als Wesen untergeordneter Art und behandelt sie demgemäß. Sie sind unerbittlich, aber man trägt kein Bedenken, ihnen mit Güte zu begegnen. Man weiß, daß der Platz teuer, die durch Bekleidung zugrunde gerichtet oder durch Verbannung betruht aus der Stadt vertrieben worden sind, nicht lange unbesetzt bleiben werden.“

Somit feste es nicht an sozialem Konfliktstoff, und es erklärt sich leicht, daß die Flandern das treibende Element in der langen Reihe der Kämpfe waren, die eine Zeitlang andauerten, wie sie in den sozialen Kämpfen in den mittelalterlichen deutschen Städten nicht zerlegt. Sowohl in Anbetracht der außerordentlichen Unterdrückung, zu deren Durchführung die Flandern die größten Anstrengungen machten, wie auch bei isolierten Einzelkämpfen trafen sie mit „wappensche“ und „ommesant“, also mit bewaffneten Massenbewegungen auf den Plan. So zogen sie unglücklich Male zur Halle, aber nicht, um sich mit der Auslieferung der Flandern und Stadtregal für berechtigt zu erklären, sondern um mit Hilfe dieser Herrschaftsinstrumente die Lohnbewegungen, die Streikbewegungen bei gewerblichen Unternehmungen, die Arbeitsdauer usw. in ihrer Einkommens- und wirtschaftlichen Interessen zu bringen und den Flandern zu verhindern, daß sie die monopolistische Umwandlung der Flandern zu betreiben. Die „Verleumdung“ zu Brügg, die „Katerolle“ zu Gent und der „Salzhanz“ von Opren (so genannt nach den Flandern) sind einige Beispiele der Massenbewegungen, die nach blutigen Straßenkämpfen mit dem Siege der Flandern endigten. Aber länger als ein bis zwei Jahre haben sich die Lohnbewegungen nicht im Reich der Macht behaupten können. Die Ursachen dafür, soweit sie erkennbar sind, können hier nur kurz angeführt werden.

Die gegenwärtige Schwäche der Flandern und Flandern wurde durch ihre finanzielle Lage bedingt, die sie durch die Flandern und die Flandern bedingt. Die Flandern wurde durch ihre finanzielle Lage bedingt, die sie durch die Flandern und die Flandern bedingt.

Fischer), nachgewiesen, deren Interessen und Bedürfnisse in vielen von denen der industriellen Arbeiter abwichen, und die bei Streikbewegungen eine Störung ihres Kleinhandels befürchteten. Schließlich erhob sich unter den Lohnarbeitern selbst ein fürchtbarer Bruderkrieg, der von den gemeinsamen Gegnern beizuhalt und geschürt zu sein scheint. Zwischen den „wappers“, „wappers“, „wappers“, „wappers“ (Bauern), die denselben Stoff in seinen verschiedenen Produktionsstadien zu bearbeiten hatten, bestanden manche in der Technik des Gewerbes begründete Reibungspunkte. Namentlich zwischen den „wappers“ und den „wappers“ waren Grenzstreitigkeiten vorhanden, die auf die Festlegung der beiderseitigen Lohnsätze Einfluß hatten, wobei eine Gruppe die andre kontrollieren mußte. So wurde es nicht schwer, ein Gewert gegen das andre auszubringen und Gewalttätigkeiten unter ihnen herbeizuführen.

Diese Selbstzerfleischung der Lohnarbeiter ist wohl das traurigste Kapitel in der Geschichte der flandrischen Volkswirtschaft. Oft haben sich die Straßen gefüllt von dem Blute der von ihren Klassenossen Ermordeten. In einem Falle, am berühmten „h ö n e n t o n t a g“, blieben 200 Mann der unterliegenden Partei der Wälder tot auf dem Platz. Bei einem bewarntigen Gewerkschaftsfel auch, als er vermittelnd wollte, der belandete J a l o b a n A r t e v e l d e, seines Reichs höchsten Ritters und Panzermeister der Brauer, ein Mann von wirtschaftspolitischen Weisheit, der die auseinanderstrebenden Stadtgemeinden einte und Flandern versöhnte, wenn auch nicht rechtlich, zu einem abhängigen Freistaat erhob. Sozial dagegen war er völlig in den Vorurteilen und der Einstimmigkeit seiner Klasse befangen.

So zeigt die Geschichte der Klassenkämpfe in Flandern das düstere Bild eines zerrissenen und zertrümmerten Volkes. Viele Lohnarbeiter wanderten aus. Sowohl in England wie in Deutschland haben sie das selbständige Bollwerk mit begründet. „Klemminger Landwerk“ nannte man in Oberdeutschland lange die Lohnarbeiter.

Auch die Bauernbewegungen, die in Flandern lange vor den gleichartigen Aufständen in Deutschland einsetzten, und die sich namentlich gegen die Ausbeutung durch die Städte richteten, verliefen nach anfänglichen Erfolgen unglücklich und endigten mit massenhaften Hängen und Märdern. Nur einmal schien es, als wollten sich alle Bedrückten in Stadt und Land zu gemeinsamer Tat vereinigen. Ein Lollarde, ein Mitglied der gleichnamigen Mönchsreihe, ergriff mit mystisch-liturgischen Lehren das Volk und wurde als sozialer Messias begrüßt. Aber diesem Vorläufer der Arbeiterbewegung erging es wie ihren späteren Vertretern. In die aufständischen Städte und Landschaften wurden Befehle geschickt, und die Bewegung erlosch, ehe sie sich entfalten konnte.

Auch in den folgenden Jahrhunderten sind Flandern und die ganzen südlichen Niederlande noch oft der Schrecken sozialer und konfessioneller Kämpfe wie auch der Schlachtenpläne fremder Heere geworden. Hoffen wir, daß sie jetzt das letzmal als Schicksalsfeld gedient haben, und daß das lange nebegehaltene flandrische Proletariat in künftigen unblutigen Kämpfen durch den Anschluß an den Sozialismus auch den Weg zu bauernden kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg finden werde. S. D.

Wir nicht anders zu erwarten, ist auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter noch ganz erheblich zurückgegangen. Nicht nur wegen der weiteren Eingehung zum Meer im Verlaufsjahre, sondern vor allem wegen der ruhenden Bauwirtschaft. In den Biegeleien lagern noch fertige Vorräte, die erst ihrer Verarbeitungen harren. Deshalb haben sich ja auch maßgebende Unternehmerverbände an die Regierung gewandt mit dem Ersuchen, ähnlich wie in der Zementindustrie helfend einzugreifen. Ob mit einem Verbot von Neuanlagen und Erweiterung bestehender Betriebe in absehbarer Zeit gebietet wäre, ist eine Frage, da ja für Biegelsteine nicht der gleiche Bedarf wie für Zement besteht.

Aus der folgenden Tabelle ersehen wir den Rückgang der Zahl der beschäftigten Personen in den einzelnen Sektionen seit 1913:

Bezirk	Versicherte Personen		1915 weniger als 1913
	1913	1915	
I	18 382	4 684	8 748
II	7 082	2 011	5 051
III	7 522	2 579	4 943
IV	18 418	5 718	12 700
V	26 004	9 387	16 617
VI	18 320	5 215	13 105
VII	19 121	6 192	12 929
VIII	9 202	2 452	6 750
IX	21 467	7 546	13 921
X	15 629	3 625	12 004
XI	33 658	12 325	21 333
XII	10 386	3 008	7 378
XIII	18 756	5 873	12 883
XIV	15 422	3 650	11 772
Summa	232 359	74 163	158 196

Der Rückgang seit 1913 beträgt also insgesamt 158 196 Personen oder 68 Prozent. Die Gründe für den Rückgang in den einzelnen Bezirken können die verschiedensten sein. In Betracht kommen wohl Eingehung zum Meer, mehr oder weniger daniederliegende Bauwirtschaft, Stilllegung von Betrieben überhaupt und dergleichen.

Die zur Auszahlung gelangte Lohnsumme ist seit 1913 auch bedeutend zurückgegangen, und zwar von 198 285 550 M. auf 65 045 810 M. Dieser Rückgang entspricht aber dem ganzen schon gegebenen Wille. Die Jahresdurchschnittslöhne der versicherten Arbeiter betragen in den einzelnen Bezirken:

Bezirk	Jahres-Durchschnittslohn		Gegen 1913
	1913	1915	
I	724	683	- 41
II	673	620	- 53
III	821	879	+ 58
IV	817	793	- 24
V	775	826	+ 51
VI	772	821	+ 49
VII	860	902	+ 42
VIII	780	671	- 109
IX	867	793	- 74
X	889	948	+ 59
XI	984	1089	+ 105
XII	887	857	- 30
XIII	1029	957	- 72
XIV	808	972	+ 164

Der Gesamtdurchschnittslohn für das ganze Reich ist von 853,27 M. im Jahre 1913 auf 877,06 M. im Jahre 1915 gestiegen. Ob nun Lohnsteigerung oder Lohnrückgang auf tatsächliche Lohnveränderungen pro Tag oder Woche zurückzuführen sind oder aber die Dauer der Kampagne sowohl im Reichsdurchschnitt wie auch in den Bezirken schuld an den Veränderungen ist, läßt sich nicht sagen. Der höchste Lohnsatz erscheint im Bezirk XI, Rheinprovinz und Fürstentum Württemberg. Den niedrigsten Satz dagegen weist der II. Bezirk (Posen) auf.

Die Zahl der Betriebsunfälle ist naturgemäß geringer als in den Vorjahren. Eine Gegenüberstellung mit 1913 und 1914 ergibt folgendes Bild:

Jahr	Überhaupt gemeldete Unfälle	Entschädigte Unfälle	Tödtliche Unfälle
1913	6677	1635	137
1914	5511	1238	118
1915	2532	629	73

Der Bericht der Berufsgenossenschaft bemerkt: „Neue bemerkenswerte Schutzvorrichtungen wurden in den Betrieben nicht angetroffen.“ — Mit der Einführung neuer Schutzvorrichtungen stand die Biegelindustrie allerdings noch nie an der Spitze. Etwas energische Nachhilfe ist da schon nötig.

Fürsorge für kriegsbeschädigte Ziegeleiarbeiter.

Die geschäftliche Sorge um die kriegsbeschädigten, die zeitweise gar zu überschüssig anmutete, ist wesentlich abgeebbt. Manche Kreise haben glücklicherweise eingesehen, daß der planlose Dilettantismus sich auf diesem Gebiete am allerwenigsten bewährt; andre machen wenigstens nicht mehr soviel unnötigen Lärm, wenn sie ihren guten Willen bekunden wollen. Die eigentliche Arbeit für die Versorgung und Ausbildung der kriegsbeschädigten ist immer planmäßiger organisiert und damit immer erfolgreicher geworden. Die Vereinigungen der Unternehmer, die sich gebildet hatten, um den kriegsbeschädigten zu helfen, lassen wenig von sich hören. So auch die Ziegeleiarbeitergenossenschaft, die für die Biegelindustrie die Fürsorge übernommen hat. Als der Vorstand unseres Verbandes der Berufsgenossenschaft seine Hilfe und Mitwirkung anbot, schien es, als ob das Interesse dort sehr reger wäre. Seitdem haben wir jedoch nichts mehr davon gehört.

Inzwischen hat jedoch die Fachpresse der Ziegelfabrikanten wiederholt zu der Frage Stellung genommen. Allerdings nun nicht oder doch weniger unter dem Gesichtspunkte: wie versorgen wir unsere kriegsbeschädigten?, sondern unter dem weniger uneigennütigen: wie versorgen wir uns mit Arbeitskräften? In all den Erörterungen wird nämlich von der Auffassung ausgegangen, daß die Ziegeleien nach diesem Kriege Arbeitskräftemangel haben werden und sich schon deshalb im eigenen Interesse die Arbeitsfähigkeit der kriegsbeschädigten nutzbar machen müssen.

Von diesem Gesichtspunkte behandelt auch Herr E. A. Kießling (Zwidau) die Frage in Nr. 83 der „Zementindustrie-Zeitung“. Er schreibt gleich einleitend:

„Wenn eine Industrie schon vor dem Weltkriege Gelegenheit hatte, Arbeiter, die Glieder durch Unfälle verloren hatten,

zu beschäftigen und dabei wertvolle Erfahrungen zu sammeln, so war es die Zuckerrübe der Steine und Erden. Da in ihren Betrieben mit ihrem sehr großen Bedarf an Arbeitskräften schon vor dem Kriege Arbeitermangel herrschte und die Eingehungen zum Militär Betriebsbeschränkungen und sogar Betriebsstillstellungen zur Folge hatten, so wird sie sich nach dem Kriege rechtlich weitgehendem Maße damit vertraut machen müssen, kriegsversehrte Arbeiter einzustellen.“

Also, der Dien muß! Es sei dahingestellt, ob diese Auffassung richtig ist, d. h. ob tatsächlich nach diesem Kriege ein Arbeitermangel vorhanden sein wird. Fest steht, daß jetzt tatsächlich in den Ziegeleien Mangel an erwachsenen Arbeitern herrscht. Allerdings nicht allein der Eingehungen zum Seeresdienst wegen, sondern auch, weil die Arbeiter jetzt aus den Ziegeleien abwandern und sich anderwärts leichtere und lohnendere Arbeit suchen. Ein großer Teil der Schuld an dem jetzigen Arbeitermangel trifft also die Ziegeleibesitzer selbst, die sich nicht zu einer zeitgemäßen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, vor allem nicht zu einer ausreichenden Entlohnung entschließen können.

Doch einerlei schließlich, wo die Schuld liegt, die Aufgabe eines Arbeiters besteht, und ebenso die andre, daß die Ziegeleibesitzer jetzt kriegsbeschädigte gern einstellen, weil sie gesunde Arbeiter nicht erhalten. Herr Kießling ist übrigens überzeugt, daß die kriegsbeschädigten, soweit sie früher schon in Ziegeleien gearbeitet haben, „auch wenn sie einzelne Glieder verloren haben, zum großen Teil die vorliegende Arbeit leisten können, weil sie dieselbe kennen und sich auch beim Fehlen des einen oder anderen Gliedes behelfen lernen werden, besonders wenn sie in den Betrieben selbst oder in Fachschulen in geeigneter Weise angeleitet werden, den vorhandenen Gliedern entsprechend anzugreifen und so wieder eine genügende Leistungsfähigkeit zu erlangen.“ Ueber die Vereinigungsmöglichkeit der Verstümmelten in Ziegeleien meint Kießling: „Der Ersatz für Füße und Beine ist heute bereits so vollkommen, daß Leute, denen nur ein Bein fehlt, meist ohne weiteres ihre frühere Arbeit wieder aufnehmen können. Aber selbst bei Verlust beider Beine oder Füße wird bei eifrigem Fleiß und Willen eine ziemlich weitgehende Erreichung der früheren Arbeitsleistung möglich sein, wie schon in vereinzelt Fällen recht vorteilhaft beobachtet werden konnte.“

Schwieriger wird die Lösung der Frage bei den Arbeitern mit Hand- und Armverlusten; aber auch hier sind mit künstlichem Gliederersatz so vortreffliche Hilfsanordnungen erfunden worden, daß zum Beispiel Arbeiten mit Schaufel, Hacke und Hammer sehr gut auszuführen sind.

Als Ringofenbrenner wird man sogar einen Mann mit doppelter Verstümmelung verwenden können, wenn er geeignete Armapparate zum Halten des hohen Rostes und zum Heben der Feuerklode erhält, da hier lediglich die Gewissenhaftigkeit und ein bald anzulernendes Verständnis für die Eigenart dieser Arbeit deren erfolgreiche Ausübung bedingen.“

Wie man sieht, besteht nach Herrn Kießling an Arbeitsplätzen für kriegsbeschädigte in Ziegeleien kein Mangel. Die Dinge werden sich allerdings in der Praxis anders ausnehmen. Wenn der Ziegeleibesitzer oder der Auftragnehmer das übernommene Quantum Steine herstellen will, muß er alle Einrichtungen und Maschinen nach Möglichkeit ausnutzen, und dann dürfte gar mancher kriegsbeschädigte trotz „eifrigem Fleiß und Willen“ hinter den gestellten Anforderungen weit zurückbleiben. So lange nun gesunde Arbeiter als Ersatz nicht zu haben sind, wird man natürlich die kriegsbeschädigten auch bei verminderten Leistungen beschäftigen; sobald aber einmal Andrang auf dem Arbeitsmarkte vorhanden ist, werden manche Unternehmer ihr gutes Herz vergessen. Herr Kießling versichert allerdings: „Ehrensache des deutschen Volkes aller Stände bleibt es, auf dieser Grundlage allen denen, die sich für das Vaterland geopfert haben, die Hand zu reichen und ihnen tatkräftig zu helfen, sich mit den vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten ein sorgenfreies Fortkommen zu sichern.“ Das ist schon richtig, aber es ist schon manche „Ehrensache des deutschen Volkes“ — eben eine Ehrensache geblieben.

Der Hinweis Kießlings auf die Fachschulen, die kriegsbeschädigte Arbeiter anlernen sollen, hängt eng zusammen mit folgendem Aufruf der Zwidauer Zieglerische Schule:

Fürsorge für kriegsbeschädigte Ziegler.

Die Schaffung von Gewerbsmöglichkeiten für unsere kriegsbeschädigten Helden ist eine Ehrensache des deutschen Volkes. Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, wenn Gelegenheit zur Erlangung der hierzu erforderlichen Befähigung geboten wird.

Ein Beruf, der sich selbst von Verletzten mit Gliederverlusten ausüben läßt, ist der des Ringofenbrenners.

Der Verein zur Unterhaltung der Zieglerische Schule zu Zwidau hat gemeinsam mit hervorragenden Zieglerwerken beschlossen, kriegsbeschädigte Ziegler zu Ringofenbrennern auszubilden. Der Unterricht soll bis auf eine Vergütung an den Lehrbrenner unentgeltlich erfolgen, und findet der auf 4 Wochen bemessene Kursus in seinem praktischen Teile auf einem gut geleiteten Zieglerwerke, das seinen Ringofenbetrieb in entgegenkommender Weise für den guten Zweck zur Verfügung stellt, statt. Der theoretische Teil des Unterrichts wird von dem Direktor der Zwidauer Zieglerische Schule, Ingenieur von Wiluck, erteilt. Es ist zu hoffen, daß die durch den Unterhalt der Kursisten während der Lehrzeit hervorgerufenen Kosten durch Vereine aufgebracht werden, die sich zur Fürsorge für kriegsbeschädigte gebildet haben.

Zu wünschen ist, daß die kriegsbeschädigten Ziegler von der geplanten Fürsorge in Kenntnis gesetzt werden, damit sie von derselben Gebrauch machen können, da die beste Hilfe für unsere heimkehrenden Helden eine sie befriedigende Tätigkeit ist, die ihnen angemessenen Unterhalt gewährt.

Der Ziegelindustrie wird auf diese Weise der große Vorteil erwachsen, daß ihr tüchtige Ringofenbrenner zugeführt werden, an denen sie Mangel leidet.

Anmeldungen zur Beteiligung an dem Kursus, der ständig Fortgang haben soll, sind an den Direktor der Zwidauer

Zieglerische Schule, D. von Wiluck, Zwidau (Sa.), Werbauer Straße 15, III., zu richten.

Wir geben den Aufruf wieder, ohne uns damit irgendwie für die Güte und den Erfolg des Unterrichts zu verbürgen. Es ist uns auch nicht bekannt, wo der Unterricht erfolgen soll und wie es mit der Vermittlung von Stellen für die ausgebildeten Brenner steht.

Uebrigens, und das ist das Wichtigste, sehen wir zunächst nicht, woher die kriegsbeschädigten den Unterhalt für die Ausbildungszeit und obendrein noch eine „Vergütung an den Lehrbrenner“ aufbringen sollen. Nur wenige werden aus eigenen Mitteln dazu in der Lage sein. Der Aufruf sagt, es sei „zu hoffen“, daß die Kosten „durch Vereine aufgebracht werden“. Das ist aber doch eine sehr unsichere Hoffnung. Unseres Erachtens müßte vorher eine Grundlage für die Kostendeckung geschaffen werden. Hinterher werden sich wenig Vereine dazu bereit finden.

Hätten übrigens die Unternehmer und die Vereinigungen der Ziegelindustrie die von unserm Vorstand angebotene Mithilfe und Mitarbeit unseres Verbandes angenommen, so hätte sich voraussichtlich auch über die Frage der Kostendeckung bei Ausbildung von kriegsbeschädigten ein Ausweg finden lassen.

Die Ziegelindustrie wünscht auch.

Bekanntlich hat der Bundesrat vor einiger Zeit eine Verordnung erlassen, nach der die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Anlagen in der Zementindustrie verboten wurde. Nunmehr meldet sich auch die Ziegelindustrie, die schon vor dem Kriege mit Plänen über eine Ziegelsteuer herorgetreten ist. Die neueren Bestrebungen laufen darauf hinaus, eine ähnliche Regelung durch Bundesratsverordnung herbeizuführen wie in der Zementindustrie. Eine endgültige Regelung kann das natürlich nicht sein. Dem gegebenen Zeitpunkt, jedenfalls aber nach dem Kriege, werden die Bestimmungen des Verbots „Errichtung neuer“ und „Erweiterung bestehender Anlagen“ nicht mehr tauglich sein und dürfte wohl die zweite Bestimmung zuerst fallen. Wir werden ja allzu bald hören, ob die Regierungshilfe kommt.

Flotter Geschäftsgang der Papiergarnfabriken.

Die mangelnde Einfuhr von Zellulosestoffen hat der Papiergarnindustrie, die bis zu Kriegsbeginn im Verborgenen blühte, auf die Beine gehauen. Die bestehenden Firmen sind mit Aufträgen überhäuft, worauf auch die Gründung neuer Firmen zurückzuführen sein dürfte.

Die Zellulosewerke und Kunstweberei Clavio A.-G. in Udorf i. Vogtland, die größte und wohl auch älteste Firma der Branche, beschäftigt gegenwärtig einschließlich ihrer Heimarbeit, in Udorf 11 000 Arbeiterinnen und Arbeiter. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres hatte die Firma, die hauptsächlich Zellulose- und Zellulose-Gespinnste- und Gewebe herstellt, einen Umsatz von 5 Millionen Mark, dem ein Auftragsbestand um ein Mehrfaches dieses Betrages noch zur Seite steht. In der außerordentlichen Generalversammlung der A.-G. wurde das Aktienkapital von 960 000 M. auf 2 000 000 M. erhöht, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der gute Geschäftsgang auch zur Friedenszeit erhalten bliebe. Den Aktionären der Gesellschaft steht ein reiches Dividendenvermögen für das Geschäftsjahr 1916 in Aussicht. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma werden von den letzten Kriegsgewinnen wenig oder gar keinen Anteil erhalten, da sie bisher nur erst beizugehen den Weg zur Organisationsfindung haben. So lange sie aber der Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Lage gleichgültig gegenüberstehen, so lange werden auch niedrige Löhne und ausgedehnte Arbeitszeit die traurigsten Begleiterscheinungen ihres Lebens bilden.

Der flotte Geschäftsgang in der Papiergarn- und -gewebefabrikation hat unternehmungskundige Kapitalisten zu Neugründungen bewogen. In Karlsruhe wurden mit einem Kapital von 20 000 M. die Deutschen Zellulosewerke, G. m. b. H., in Karlsruhe mit Zweigniederlassung in Wehr gegründet und zu deren Geschäftsführer der Fabrikant Alfred Blumenstein aus Düsseldorf bestellt. Die neugegründete Deutsche Papiergarn-Gesellschaft m. b. H. in Berlin arbeitet mit einem Stammkapital von 500 000 M. und wird von dem Geschäftsführer Georg Müller in Berlin geleitet. Mit einem Kapital von 250 000 M. haben die Deutschen Zellulose-Zellulosewerke, G. m. b. H., in Hammern im Oberrhein die Herstellung von Zellulosepapieren und den Vertrieb von Zellulosepapiergarnen aufgenommen und Herrn Siegfried Knappoport aus Opladen zum Geschäftsführer bestellt.

Die Rentabilität der Papiergarnfabriken nach dem Kriege wird davon abhängen, inwieweit es der neuen Industrie gelingt, mit ihren Erzeugnissen der Zelluloseindustrie den Wirtschaftsmarkt absperrig zu machen. Da heute noch nicht feststeht, welchen Erzeugnissen die Verbraucher auf Grund der Haltbarkeit und Billigkeit nach dem Kriege den Vorzug geben, so ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die jungen getriebene Gründungen neuer Papiergarnfabriken in der kommenden Friedenszeit bittere Früchte trägt.

Das Dreischichtensystem in der skandinavischen Papierindustrie.

Im März dieses Jahres trat in Norwegen ein Gesetz teilweise in Kraft, das für die Arbeiterchaft den Höchsttarif von 10 Stunden und die 54-Stunden-Woche vorseht. Für Schmelzhütten, Bergwerke, Bau- und Heilungs-Druckereien gilt die 48-Stunden-Woche. Für die ersten beiden Gruppen ist der 8-Stunden-Tag eine teilweise Neuführung, für die Buchdrucker war er fast in allen Betrieben schon durch Tarif eingeleitet. Für die Einführung des Gesetzes ist den Unternehmern eine Frist bis 1920 eingeräumt worden. Ausgenommen von den Vorteilen des Gesetzes wurden die Papier-, Zellulose-, Holz- und Papparbeiten, die Arbeiter der Dampfmaschinenbetriebe und die nicht fabrikmäßig betriebenen Werkstätten des Handwerks. Von dieser Ausgestaltung aus dem Gesetze und über diese Benachteiligung gegenüber dem Gros der übrigen Industriearbeiterschaft waren unsere norwegischen Berufscollegen recht wenig erheitert, um so mehr als die aufregende Tätigkeit der Papierindustriearbeiter nicht weniger gesundheitliche Gefahren für die Arbeiterchaft in sich birgt als in anderen Industriezweigen. Unsere norwegischen Berufscollegen haben den Kampf um die achtstündige tägliche Arbeitszeit nicht aufgegeben, sondern in energischer Form auf breiterer Grundlage weitergeführt. Ihr Ziel geht dahin, den Achtstundentag für die gesamte skandinavische Papierarbeiterchaft zu erreichen. Aus diesem Grunde haben unsere Bruderorganisationen in Finnland, Dänemark, Schweden und Norwegen eine Kommission zur Vorbereitung des Achtstunden-Normal-Arbeitstags für die Papierindustriearbeiter eingeleitet. Das Arbeiterkomitee der vier nordischen Staaten hat nun an die norwegische Regierung das Ersuchen gerichtet, mit der russischen, schwedischen und dänischen Regierung in Verbindung zu treten, um sie zu beauftragen, auch ihrerseits eine Kommission zu wählen, die bereit ist, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen die Frage des Dreischichtensystems zu erörtern und die vorbereitenden Maßnahmen zur Einführung desselben zu treffen. Die schwedische Regierung hat den Antrag der Arbeiterorganisationen, der ihr von dem norwegischen Gesandten übermittelt wurde, zur Prüfung dem Sozialamt überwiehen.

Wir wünschen unseren nordischen Berufscollegen einen vollen Erfolg ihrer Bemühungen und hoffen, daß auch für die deutschen Papierarbeiter der Tag nicht mehr so fern sein möge, an dem auch sie durch reichgesetzliche Regelung den Achtstundentag im Dreischichtensystem erhalten. G. St.

Unfall in der Papierfabrikation.

In der Hirschberger Papierfabrik ereignete sich ein schwerer Unfall. Der Maschinengehilfe Wolmar aus Hirschberg war damit beschäftigt, die Rollen des Steingießes zu reinigen. Bei dieser Gelegenheit rutschte er aus und kam mit den Füßen in die Rollen, die ihn hineinzogen. In schwerverletztem Zustande wurde er aus seiner Lage befreit und in das nächste Krankenhaus eingeliefert. Wolmar wurde außer erheblichen Quetschungen ein Bein amputiert.

Ein Schutzgitter für Zentrifugen.

Eine feste Gefahrenquelle für die Arbeiter in Zentrifugenfabriken — und auch in manchen anderen Betrieben — sind die Zentrifugen. Zahlreiche Unfälle haben sich schon dadurch ereignet, daß Arbeiter ausglitten und in die Maschine gefallen sind oder doch mit den Händen herein gelangt und sich dabei schwer verletzt haben. Es ist deshalb erfreulich, daß in der Generalversammlung der Zentrifugen-Fabrikanten Herr Gehlmer Regierungsrat Seyditz vom Reichsversicherungsamt auf ein Schutzgitter hinweisen konnte, das vorn an den Zentrifugen in einer schließlichen Holzschutzhülse angebracht ist und sich dort aufs Beste bewährt hat. Wir lassen nachstehend eine Beschreibung des Gitters folgen:

Das Schutzgitter besteht aus einem rechteckigen, halbkreisförmig gebogenen 350 Millimeter hohen Rundblechrahmen, der mit Drahtgeflecht überzogen und an der vorderen Hälfte des Mantels der Schleudermaschine, sich eng an diesen anlegend, angebracht ist. An seinem linken und rechten unteren Winkel sowie in der Mitte am unteren Rande des Rahmens sind Handhaben befestigt, die in mit starken Stahlspiralfedern im Innern versehenen Rohrhülzen auf und ab gleiten können und so dem Schutzgitter selbst eine nach unten ziehende Krafteingabe geben. An der mittleren Rohrhülse ist eine nach oben ragende Klinker aus trägigem Stahlblech und an dem dazu gehörigen Rundblech selbst eine nach unten ziehende Krafteingabe angebracht, die das Schutzgitter, wenn dieses heruntergedrückt ist, festhält. In den links und rechts befindlichen Rohrhülzen können die Federn ganz weggelassen, wenn an dem Zentrifugenmantel links und rechts Rollen angebracht werden, über die ein mit entsprechendem Gewicht versehener Draht, der an den unteren Enden des Schutzgitters befestigt ist, geführt wird. Das Schutzgitter steht in Verbindung mit der mit Handrad versehenen Einrückvorrichtung der Schleudermaschine. Wird diese eingerückt, so löst der an der Spitze gleichfalls mit in horizontaler Richtung wirkender Krafteingabe die Klinker aus, und das Schutzgitter löst sich selbstständig und vollständig unabhängig vom Arbeiter kräftig 350 Millimeter über den Rand der Schleudermaschine jenseitig in die Höhe, den Arbeiter vor Hineingreifen und Hineinfallen in die Schleudermaschine schützend und gleichzeitig allen an der Arbeitsstelle Anwesenden zeigend, daß diese nunmehr im Gange ist. — Solange die Schleudermaschine eingerückt ist, kann das Schutzgitter nicht herabgedrückt werden, weil die Klinker durch die an dem Einrückblech befindliche und jetzt vorgeschobene Nase ausgeglichen ist und die Spiralfedern in den Führungshülzen das Schutzgitter sofort wieder hochdrücken würden. Nur wenn die Schleudermaschine ausgeglichen ist, kann das Schutzgitter heruntergedrückt werden — eine leichte und nicht störende Arbeit. Eine Vorrichtung an dem Gehel der Bremse bewirkt, daß das Bremsen nur bei hochstehendem Gitter möglich ist. Wenn Bremsen gedrückt das hochstehende Schutzgitter mit seinem oberen Rundblech dem Mann einen sehr erwünschten Anhaltspunkt für seine linke Hand. Auch ist der bei hochstehendem Schutzgitter vollkommene freie Einblick in die laufende Trommel für den Arbeiter wie für den ausführenden Beamten von besonderem Wert.

Gesundheitlich läßt die allgemeine Anbringung des Schutzgitters nicht allzu lange auf sich warten. Infolge der in Zentrifugenbetrieblässigen Kollegen werden gut tun, wenn sie ihre Betriebsleitungen auf die Ausführungen des Regierungsrats Seyditz hinweisen und zunächst wenigstens zu einem Versuch mit dem Schutzgitter ermahnen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Jubiläum des Metallarbeiterverbandes.

Am 1. August 1916 konnte der Deutsche Metallarbeiter-Verband, die stärkste Arbeiterorganisation nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt, auf eine zehnjährige Kampf- und ergebnisreiche Tätigkeit zurückblicken. Das diese Organisation in den 25 Jahren der Arbeiterkämpfe der Metallindustrie war, läßt sich in Zahlen allein nicht ausdrücken. Moralische und geistige Werte sind Kräfte wirken bei einer Organisation, außer den sichtbaren Erfolgen, weit über den Rahmen der Wirklichkeit hinaus. Zugleich beging Alexander Schläpfer sein zehnjähriges Jubiläum als Sekretär resp. Vorsitzender des Verbandes. Wir gratulieren den beiden Jubiläuren recht herzlich und wünschen gewöhnlich nützlichen Weiterarbeit auf erprobter Bahn.

Ausländische Arbeiterbewegung.

Die österreichischen Gewerkschaften während des Krieges.

Wie nicht anders zu erwarten war, haben auch die österreichischen Gewerkschaften schwer unter den Kriegseinwirkungen gelitten. Den schwersten Schlag erlitten die Gewerkschaften im Jahre 1914. Obwohl die Zahl der Gewerkschaften im Jahre 1915 kaum wesentlich geringer war als im ersten Kriegsjahr, blieb der Mitgliederbestand ganz bedeutend hinter dem des Jahres 1914 zurück. Dazu bewirkte die Hebung des Geschäftsganges, insoweit in der Rüstungsindustrie, daß sich der Ansturm an die Kassen der Gewerkschaften im zweiten Kriegsjahr bedeutend vermehrte. Die österreichischen Gewerkschaften sind schon seit einer Reihe von Jahren aus der Bewusstseinsbildung nicht herausgerissen. Seit der Jahresversammlung begann eine kräftige Entwicklung der Gewerkschaften. Von 119 050 Mitgliedern im Jahre 1901 wuchsen die Organisationen ständig bis 223 099 im Jahre 1905. Das folgende Jahr brachte eine Verdoppelung der Mitgliederzahl auf 448 270, und das Neueste hielt auch im Jahre 1907 noch an, das mit 501 094 Mitgliedern den bisher erklommenen Höchststand der Bewegung brachte. Das Jahr 1908 brachte mit dem Ansturm der österreichischen Separatistenbewegung einen Niedergang, und im Jahre 1909 unglücklich nach der Abspaltung der Separatisten die der Reichsgewerkschaftsunion angehörenden Gewerkschaften nur noch 415 266 Mitglieder. Der Winter wieder einsetzende Krisenperiode ermöglichte es, das Jahr 1912 mit 423 543 Mitgliedern abzurufen. Die Balkankriegsperiode, unter welcher die österreichische Industrie fast zu liegen kam, ließ nicht ohne Wirkung auf die Gewerkschaften. Deren Mitgliederzahl sank im Jahre 1913 auf 415 195 zurück. Dann kam der Weltkrieg. Die Gewerkschaften verloren im Jahre 1914 174 514 Mitglieder, am Jahresende waren nur noch 240 631 vorhanden. Der Niedergang hielt auch im Jahre 1915 an, aber die Mitgliederzahl kehrte sich um und lag am 31. März 1915 bei 277 113. Im Jahre 1916 ist die Mitgliederzahl auf 283 099 gestiegen, was eine weitere Steigerung auf 479 667 voraussetzt. Derzeit sind 177 113 Mitglieder in der Gewerkschaftenbewegung. In der österreichischen Gewerkschaftenbewegung während des Krieges 238 092 Mitglieder oder 51,3 Prozent ihres früheren Bestandes verlor. Rund 200 000 Gewerkschaftsmitglieder haben unter den Waffen.

Die Gesamtzahl der Gewerkschaften betrug im Jahre 1913 10 026 321, im Jahre 1914 gingen sie auf 8 274 012 zurück, und 1915 erzielte sie eine weitere Verminderung auf 4 792 667. Derzeit sind 177 113 Mitglieder in der Gewerkschaftenbewegung. In der österreichischen Gewerkschaftenbewegung während des Krieges 238 092 Mitglieder oder 51,3 Prozent ihres früheren Bestandes verlor. Rund 200 000 Gewerkschaftsmitglieder haben unter den Waffen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamburg. Arbeiterbewegung. In Hamburg, den 31. Juli, haben die Arbeiter der für die Seemann in Frage kommenden Organisationen eine allgemeine Versammlung für alle an den Seemannsbeständen Arbeiter und Arbeiterinnen abgehalten, mit der Angelegenheit: Die Arbeiter der Unternehmern auf die von den Arbeitern eingeleiteten Forderungen. Folgende Punkte sind von den Arbeitern eingeleitet worden: In einer am 18. Juni bei Oberstadthaus abgehaltenen Versammlung wurde die Ortskommission beauftragt, dem Reichsversicherungsamt Forderungen zu unterbreiten, zu denen eine Erhöhung von 10 Pf. pro Stunde und ein Mindestlohn für Frauen von 40 Pf. pro Stunde verlangt wurde. Die während des Krieges vorgenommene Lohnsenkung sollte rückgängig gemacht werden. Am 22. Juni wurden den Unternehmern die Forderungen überreicht. Am 30. Juni wurde von Herrn Spahnke Dr. Nische eine Deputation mit den Organisationsbeständen geschickt. Unterwegs habe auf der Rückfahrt die gesamte Deputation die Arbeit eingestellt. Nachdem bei Kollegen die Mitteilung wurde, daß den Organisationsbeständen Forderungen in Aussicht gestellt seien, nahmen sie die Arbeit wieder auf. In der nun mit Dr. Nische folgenden, unerschütterlichen Verhandlung" erfuhr man, daß die Forderungen zu reduzieren, was wir

ablehnten. Herr Dr. Nische hielt uns die von den Bremer Kollegen eingeleiteten Forderungen vor, die eine Lohnsenkung nur für 3 Wochen unter 30 Pf. verlangten. Diese von verschiedenen Werksorten eingeleiteten Forderungen veranlaßten den Industriellenverband, die Angelegenheit nicht drücklich, sondern zentral zu regeln. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, erbat ein Gegenvorschlagn als Grundlage von neuen Verhandlungen. Damit erklärte sich Dr. Nische auch einverstanden, vorbehaltlich, daß die Werksorten die Angelegenheit nicht in anderer Form zu erledigen wünschten. Das letzte trat ein: An Stelle des uns in Aussicht gestellten Gegenvorschlagn erfolgte am 8. Juli ein Anschlag auf der Wallarwerk folgenden Inhalts:

„Belanntmachung“

Wir haben seit Kriegsausbruch die Angelegenheiten unserer im Felde stehenden Arbeiter laufend unterstellt und in Würdigung der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse nicht nur laufend die Löhne erhöht, sondern auch durch Einführung einmaliger und seit dem 1. März d. J. laufender monatlicher Kriegsnotunterstützungen der Arbeiter die Überwindung der Leertage zu erleichtern gesucht. Diese Fürsorge sind wir bereit, heute wie folgt zu erweitern:

1. Wir erhöhen mit Wirkung vom 1. Juli 1916 die monatliche Kriegsnotunterstützung um 50 Prozent.
2. Wir erhöhen die sämtlichen Einstellungslöhne um 3 Pf. pro Stunde.
3. Wir erhöhen alle Stundenlöhne um 2 Pf. Die Erhöhung gelangt erstmalig zur Auszahlung in der Lohnzahlung am Sonnabend, dem 22. Juli d. J.

Un vorstehendes knüpfen wir die Erwartung, daß die Arbeiterchaft wie bisher zum Wohle des Vaterlandes ihr Ganzes dazusetzen wird, die vorliegenden Arbeiten mit allen Kräften zu fördern.

Hamburg, den 8. Juli 1916.

Wulkan-Werke Hamburg-Stettin, Aktiengesellschaft.

Zu diesen von den Werksorten gemachten Zugeständnissen nahen eine am 10. Juli abgehaltene Versammlung aller Werksortentrusten die Stellung. Im Verlaufe der Diskussion wurden von allen Rednern die von den Werksorten gemachten Zugeständnisse für zu minimal erklärt. Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution, die folgenden Wortlaut hatte, wurde fast einstimmig angenommen:

„Die am 10. Juli tagende allgemeine Werksortentrustendelegiertenversammlung hat zu der Bekanntmachung der Werksorten resp. der Mitteilung derselben an die Arbeiterorganisationen betr. Kriegsnotunterstützung und Lohnsenkung Stellung genommen.“

Die Versammelten erklären, daß sie die Art der Erledigung ihrer Forderungen als eine für sie verletzende empfinden. Sie hätten bestimmt erwartet, daß eine offizielle Verhandlung mit ihren Organisationsvertretern über die Forderungen stattgefunden hätte.

Der materielle Inhalt der Bekanntmachung, die eine 50prozentige Erhöhung der Kriegsnotunterstützung, Erhöhung der Einstellungslöhne um 3 Pf. pro Stunde und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf. vorsieht, kann die Arbeiterchaft nicht annähernd befriedigen, denn selbst unter Einrechnung der beschriebenen Kriegsnotunterstützung würde kaum eine im Durchschnitt 10 Prozent betragende Erhöhung des Einkommens eintreten, wogegen die Lebensmittelpreise sich um mehr als 100 Prozent erhöht haben.

Die Versammelten halten deshalb ihre am 19. Juni aufgestellten Forderungen nur als zu sehr berechtigt.

Sie beauftragen darum ihre Organisationen erneut, im Sinne dieser Forderungen an die Werksorten heranzutreten, um insbesondere eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne wie auch eine Festlegung der Einstellungslohne für die Arbeiterinnen zu erwirken.

Des weiteren verlangt die Arbeiterchaft, daß die Lohnsenkung fangemäße Anwendung bei der Mordarbeit findet.

Die Versammelten erwarten, daß die Werksorten im Interesse des Vaterlandes den beschriebenen Forderungen ihrer Arbeiter gegenüber ein weiteres Entgegenkommen zeigen.“

Diese Entschließung wurde am 11. Juli nebst Begleit Schreiben den Werksorten übermittle und nochmals dringend um Verhandlungen nachgefragt.

Die Bremer Kollegen hatten aber bereits in einer am 8. Juli abgehaltenen Versammlung die von den Werksorten gebotenen Zugeständnisse akzeptiert. Das war ein Fehler. Die Bremer Kollegen hätten sich vorher mit den übrigen Kollegen der Werksorten verständigen sollen, da ja die Forderungen von den Werksorten zentral befaßt wurden.

In einer am 20. Juli abgehaltenen Besprechung sowie auch in einem am 27. Juli zugegangenen Schreiben wurde uns denn auch erklärt, daß weitere Verhandlungen keinen Zweck hätten, da sie auf die im weitestgehenden Maße erfolgten Zugeständnisse der Werksorten keinerlei Einfluß haben könnten. Gleichfalls wurde uns mitgeteilt, daß sich Verhandlungen über Worte und Löhne der Frauen erübrigen. Worte lassen sich, wie bereits gelegentlich früherer Bewegungen festgestellt wurde, in allgemeinen Verhandlungen nicht regeln, und den Frauen wird ebenfalls die bestmögliche Lohnsenkung. Bei der am 20. Juli abgehaltenen Besprechung wurde uns bezüglich des festzusetzenden Lohnes für Frauen von 40 Pf. pro Stunde erklärt, daß die Frauen hoch nicht organisiert seien und wir die Forderungen nur aus egoistischen Gründen gestellt hätten. Am 26. Juli nahm eine Vertrauensmännerversammlung erneut Stellung zur Sache. Mit Rücksicht auf das Verhalten der Bremer Kollegen stellte sich auch der größte Teil der Disziplinärer auf den Standpunkt der Vorstände und der Vertrauensleute, die Bewegung vorläufig abzugeben. Ein Redner wandte sich gegen diejenigen Kollegen, die nachher mit ihrer Körperkraft triffen. Ist es doch vorgekommen, daß Kollegen über 120 Stunden in der Woche gearbeitet haben. Allerdings von Arbeitern kann in diesen Fällen keine Rede mehr sein.

Der Schluß richtete sich an die Versammlung die Mahnung, alles anzustreben, die Organisation auszubauen und zu stärken, denn auch die für die Werksorten nicht befriedigenden Zugeständnisse konnten nur mittels Engagements der Organisationen erzwungen werden. Besonders richtete er diese Mahnung an die Arbeiterinnen, weil der Verlauf der Bewegung gezeigt habe, daß die Unternehmung vor dem Organisationsbeständen der Arbeiterinnen unterrichtet sind. Wollen wir, daß die bis jetzt unabhängigen Lohnsenkungen auf das Maß anderer Löhne und Bedürfnisse, wie sie in der übrigen Industrie am Orte gesetzt werden, stehen, dann steht uns nicht anders übrig, als sie zu empfangen. Dazu sind wir erst dann in der Lage, wenn wir die gesamte Arbeiterchaft auf den Werksorten den für sie zuständigen Organisationen zugewandt haben. Dies kann und muß geschehen, wenn jeder seine Pflicht erfüllt.

Schwesigk a. M. Bei der Firma Grünweg u. Hartmann konnte eine Lohnsenkung erfolgreich durchgesetzt werden. Am 1. August hat der Arbeiterrat die Firma darauf hingewiesen, daß die Lohnsenkung des Lohnes eine allgemeine Lohnsenkung einleiten zu lassen, oder wie den Arbeiterchaft, der zu diesem Zweck in einer Versammlung erlegt werden sei, zu verhindern, autorisierte die Firma, daß sie die Lohnsenkung des Lohnes nicht einleiten zu lassen, sondern die Lohnsenkung über dem neuen Arbeiterchaftsrat sofort nach erfolgter Wahl vorlegen würde. Sie rechnete offenbar damit, daß sie den Arbeiterchaft in der Wahlzeit mit Werksortentrusten belegen konnte. Das geht auch ganz klar hervor, daß die Werksortentrusten eine eigene Lohnforderung zur Unterbreitung vorgelegt bekommen, diese Forderung aber von der Firma nicht zur Verhandlung gestellt wurde. Wichtig ist auch, daß der Arbeiter der ersten Forderung, der im Arbeiterchaft zu stehen ist, mit dieser Forderung nur die Wahl beeinflusst werden und die Forderung der Firma gar nicht zugehen ließ. Daß die Forderung abgelehnt und von Arbeitern unterbreitet war, ist durch Anschlag dieser Seite geschildert festgestellt. Nach wiederholten Verhand-

lungen kam dann der neue Lohnantrag zustande, der am 3. August in Kraft getreten ist und folgende Aufzählungen enthält:

Sämtliche Arbeiter erhalten vom 3. August an eine Lohnaufbesserung von 2 Pf. pro Stunde. Für jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren bleiben die übrigen Bestimmungen des alten Lohnes bestehen. Für Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren tritt eine weitere Lohnsenkung von 1 Pf. nach einem halben Jahre ein. Für Vollarbeiter ebenfalls 1 Pf. nach einem Vierteljahr. Der Endlohn für Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren wird von 48 auf 46 Pf. erhöht. Der Anfangslohn für Vollarbeiter über 21 Jahre wird von 44 auf 48 Pf., und der Endlohn von 52 auf 55 Pf. erhöht. Der Anfangslohn der Maschinenisten und Geiger erhöht eine Erhöhung von 45 auf 50 Pf., und der Endlohn von 53 auf 56 Pf. Der Anfangslohn für gelernte Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren wird auf 50 Pf., für Arbeiter im Alter von 21 bis 24 Jahren auf 54 und für Arbeiter über 24 Jahre auf 60 Pf. festgesetzt, und steigt bis auf 68 Pf. Die Marktpreise werden entsprechend aufgebessert. Für gute Leistungen stellt sich die Firma höhere Erhöhungen vor. Neben diesen tariflichen Bestimmungen wurde eine wesentliche Erhöhung der Leistungszulage erreicht. Sie beträgt jetzt für Arbeiter unter 21 Jahren pro Tag 30 Pf. (bisher 20 Pf.), für Arbeiter über 21 Jahre 50 Pf. (bisher 30 Pf.) und für die Frauen und Kinder je 15 Pf. (bisher 10 Pf.), bis zum Höchstlohn von 75 Pf. (bisher 50 Pf.) für die Familie. Für verheiratete Arbeiter mit vier und mehr Kindern beträgt die Leistungszulage mithin pro Tag 1,25 Pf. gleich 7,50 Pf. pro Woche. Notwendig ist nun aber, daß die Firma dazu übergeht, die Leistungszulage wesentlich auszugleichen, anstatt wie bisher moralisch. Wenn nämlich ein Arbeiter vor Monatschluß aufhört, verliert er das Recht auf Leistungszulage, und es ist wiederholt vorgekommen, daß Arbeiter ihre Leistungszulage, die doch eine Erhöhung des Lohnes ist und ohne welche die Arbeiter im Betrieb gar nicht anfangen würden, bei Lösung des Arbeitsverhältnisses für 10, 20 und noch mehr Tage verloren haben. Nebenher kann die Firma auch während der Kriegszeit von ihrer kleinsten Lohnpolitik nicht lassen. So liegen uns Lohngehälter vor, wozu die Firma für Zutritt kommen einen Arbeiter den Lohn für 5 Minuten, und einem anderen für 2 Minuten gekürzt hat. Das sind rechtliche Maßnahmen, die der Firma nichts einbringen, unter den Arbeitern aber Verwirrung herbeiführen.

Eingegangene Schriften.

Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 63, Lindenstraße 3, ist erschienen und zum Preise von 1 Mk. zu beziehen: „Als Zwischenbestellung nach Südamerika.“ Von Heinrich Reichenhagen. — Dieses Buch erscheint neben als neuester Band der „Vorwärts-Bibliothek“. Einer, der auf den großen Wassern von Erdteil zu Erdteil gefahren ist, kommt zu einer für ihn merkwürdigen Reise auf dem Hamburger Schiff „Baltia“ nach südamerikanischen Häfen. Er beschreibt als Reisebeschreiber, jetzt aber nicht er, ungeheuer für Zwischenbestellung, in See; Freunde zweifelten seinen Mut an, und nun will er ihnen Beweise davon geben. Daß sein Unternehmen ihm nicht gerade Bequemlichkeit beschert wird, weiß er; schon seine Dicks und seine vierzig Jahre werden ihm den Dienst erschweren. Es kommt heftig über ihn, aber er steht seinen Mann. Nicht nur als farbige Reisebeschreibung, sondern auch als getreues Spiegelbild härtester proletarischer Schiffsarbeit wird diese Südamerikafahrt jeden Leser fesseln.

Rundschau.

Keine Aufrechnung der Militärenten.

Das preussische Staatsministerium bringt in sämtlichen Betrieben des preussischen Staats den Grundlohn zur Anwendung, die Militärentenempfänger lediglich nach ihrer Arbeitsleistung, ohne Berücksichtigung des Rentenbezugs, zu entlohnen. Das gleiche Verfahren wird jetzt in allen Reichsbetrieben eingeführt; der Reichsstatler (Reichsamt des Innern) hat ferner sämtliche Bundesregierungen aufgefordert, die Durchführung des erwähnten Grundlohn in ihrem Verwaltungsbereich zu veranlassen. Soweit dies noch nicht der Fall ist, dürfte also wohl in Kürze in allen staatlichen Betrieben Deutschlands die Praxis herrschen, daß Kriegsbefähigte bei einer Arbeitsleistung, die der normalen entspricht, den vollen Normallohn — und dazu ihre Militärenten — erhalten.

Die Anordnung entspricht einem gesunden Maßempfinden. Kein Arbeitgeber hat das Recht, Kriegsinvalidenrente in seine Tasche zu stecken.

„Die Höhe“.

Daß unsre Landwirte zumeist keine schlechten Geschäfte machen, ist bekannt. Um so unerklärlicher ist die Bekanntmachung des Landrats für den Kreis Solingen, die folgenden Wortlaut hat:

„Zur Ermäßigung günstigen Entschadens haben die dem 7. Armeekorps zugehörigen Ersatztruppenteile die Genehmigung erhalten, ihre verfügbaren Mannschaften für Entschadensarbeiten bis zu jeweils drei Tagen zu beurlauben.“

Die darauf antragenden Landwirte müssen sich verpflichten, den in ihrem Interesse beurlaubten Mannschaften freie Hin- und Rückfahrt und eine angemessene nicht zu hohe Entschädigung, die von den Truppenkommandeuren und Landräten zu berechnen wäre, zu gewähren.“

Konsequenterweise hätte der Herr Landrat auch bestimmen müssen, daß bei jenen Bedingungen die Arbeitsleistungen keine „zu hohen“ zu sein brauchen.

Was an anderer Stelle dieser Nummer über „Arbeitsleistungen von Geisungen“ gesagt ist, trifft auch für die von uns hier zitierte landrätliche Bekanntmachung zu.

Verbandsnachrichten.

Vom 1. August 1916 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Barth 200,—, Münden 216,—, Rodach 43,60, Bremerhaven 40,79, Hensel a. d. O. 18,16, Braunschweig 50,—, Andernach 16,21, Potsdam 62,04, Westfalen 22,32, Ziegenitz 2,—, Düsseldorf —,25, Westfeldt —,09, Cöln 400,—, Danzig 5,—.

Schlus: Montag, den 7. August, mittags 12 Uhr.
H. v. Runo, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1916 haben eingesandt: Rodach, Bontdöbel, Bremerhaven, Hann.-Münden, Ostlich-Winkel, Lüttnow, Potsdam, Pforzheim, Rönigsberg, Andernach, Oldenburg, Sulgau, Resin a. d. G.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
470 862	Christian Epick	16. 11. 1876	1. 4. 1906	Farmstadt
480 541	Jacob Böhm	15. 9. 1872	27. 5. 1911	Eßlingen
577 714	Fried. Wadershauer	3. 4. 1897	12. 3. 1913	Ludwigshafen
432 749	Anna Köpfer	4. 12. 1891	19. 7. 1910	Beit

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Gau 9 (Eig. Nürnberg). Stellvertreter Gauleiter: Peter Koch, Fürth, Hirschgasse 24.

Schlus a. M. 1. Bevollmächtigter Joh. Kolbald, Nied a. M., Feldbergstraße 9. 2. Bevollmächtigter Hans Reiter, Häßl a. M., Neugasse 16, 2. Et.

Schluslutter. 1. Bevollmächtigter Wilhelm Deutsch, Mühlentstraße 8. 2. Bevollmächtigter Wilhelm Ehard, Wallstraße 3.